

Kurzvita Daniela Ludwig, MdB,

49 Jahre, Juristin, geb. in München, wohnhaft in Kolbermoor, Mitglied im Deutschen Bundestag seit 2002, direkt gewählt im Wahlkreis Rosenheim, Drogenbeauftragte der Bundesregierung bis 2021, Vorsitzende Bayerisches Rotes Kreuz Rosenheim, Vorsitzende der Frauen Union Oberbayern, Vorsitzende des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsführung, Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für jüdisches Leben in Deutschland und für die Beziehungen zum Staat Israel

Fragen von überregionaler Bedeutung:

- 1. Starkes Europa - Stabilität, Sicherheit, Wohlstand und Zukunft Eine Einheit in allen Belangen? Wettbewerbsfähigkeit und Ausgeglichenheit in Europa? Durch den hohen Bürokratismus, gerade bei uns in Deutschland, stellt sich die Frage wie wir da noch Wettbewerbsfähig bleiben können?**

Der Wohlstand in unserem Land war schon lange nicht mehr so bedroht wie heute. Das Ergebnis der Wirtschaftspolitik der Grünen sind zwei Jahre Stagnation, der Verlust von zehntausenden Industriearbeitsplätzen allein im vergangenen Jahr und eine Kapitalflucht aus Deutschland, wie wir sie schon lange nicht mehr hatten. Das zeigt, wie dringend wir einen wirklichen Politikwechsel in Deutschland brauchen. Wir werden vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten. Dafür passen wir den Einkommensteuertarif an. In Sachen Bürokratieabbau haben wir definitiv kein Erkenntnisproblem. Wir haben ein Umsetzungsproblem. Über den notwendigen Abbau von Vorschriften reden wir nicht erst, seitdem ich im Bundestag bin. Ich verstehe jeden, der die üblichen Phrasen zu diesem Thema nicht mehr hören kann. Die Politik kann hier nur durch aktives Tun überzeugen. Darauf werden wir als CSU bestehen.

- 2. Energiewende, erneuerbaren Energien zielgerichtet einsetzen
Ist die Landwirtschaft ein oder der Teil der Lösung?**

Photovoltaik - Dach contra Fläche

Erneuerbare Energien sind ein wichtiger Geschäftszweig in der Landwirtschaft geworden. Das zeigt, dass sich die Branche anpassen kann und dass sie sich innovativ für die Zukunft aufstellt. Das ist genau der richtige Weg. Die Frage nach Pro und Contra sollten wir nicht stellen. Unsere landwirtschaftlichen Flächen ermöglichen beides: Lebensmittelproduktion und Stromproduktion. Klar, für den einen oder anderen ist eine Geschmacksfrage. Aber das sind Windräder und Strommasten auch. Und mit der richtigen Ausstellung der Paneele ist eine weitere Nutzung der Flächen für die Tierhaltung möglich. Der Energiebedarf in Deutschland ist groß. Es kann nicht nur die eine

Energiequelle der Zukunft geben. Verschiedene Produktionen sichern den Energiebedarf als Ganzes.

3. Ernährungspolitik und Verbraucherschutz mit Mehrwert Hat der Bürger noch die Entscheidungsfreiheit?

Wie sichern wir die Versorgung in Europa, Deutschland und Bayern?

Mercosur-Abkommen – Der Kuhhandel auf dem Rücken der Bauern?

Wir setzen in der Ernährungspolitik auf Verbraucherbildung und gute Information über Lebensmittel, ihre Nährwerte und ihre Herstellungsweisen und Herkunft. Wir werden den Menschen aber nicht in den Kühlschrank hineinregieren und lehnen auch unwirksame Lenkungssteuern oder Werbeverbote ab.

Mercosur ist ausverhandelt und sollte jetzt zügig in Kraft treten. Das liegt in unserem Interesse als Exportnation Deutschland. Für einige Bereiche der Landwirtschaft, vor allem Rindfleisch, gibt es durch die den Südamerikanern zugesagten Quoten für den Import zu einem niedrigen Zollsatz Herausforderungen, für andere Bereiche der Landwirtschaft, auch für Milcherzeugnisse, gibt es dagegen Chancen. Diese sollte unsere Lebensmittelwirtschaft nutzen. Bei der Umsetzung von Mercosur werden wir die Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen zum Schutz unserer Landwirtschaft besonders im Blick behalten. Unsere hiesigen Standards der Lebensmittelerzeugung müssen zwingend eingehalten werden.

Fragen von regionaler Bedeutung:

4. Brenner Nord Zulauf

Sollte der Brenner Nordzulauf nicht kommen, hätte in unserer Region niemand was dagegen. Aber es ist notwendig, dass wir uns weiterhin einbringen. Denn im Falle der Umsetzung kommt es auf das WIE an.

Wie stehen Sie zum Umsetzungsplan der Bahn ?

Mit dem Plan der Bahn bin ich ebenso wie zahlreiche Gemeinden, die Stadt Rosenheim sowie Anwohner, Bürgerinitiativen und Landwirte nicht zufrieden. Stadt und Landkreis Rosenheim haben ihre Kernforderungen eingereicht, denen ich als Kreisrätin zugestimmt habe. Hier ist bei weitem noch nicht alles erfüllt. Um die Belastungen für die Region so gering wie möglich zu halten, muss klar sein:

- *Es bedarf zunächst eines Nachweises, dass die Neubaustrecke erforderlich ist.*

- *Wir brauchen die Innunterquerung und eine maximale Tunnellösung nördlich von Rosenheim.*
- *Die Verknüpfungsstelle im Inntal muss in den Wildbarren verlegt werden.*
- *Auch für Ostermünchen brauchen wir eine Verlagerung der Verknüpfungsstelle nach Norden.*

Von der bisher vorliegenden Planung wären viele Landwirte betroffen, allein an der Verknüpfungsstelle Kirnstein müssten bis zu 25 bäuerliche Betriebe um ihre Existenz bangen. Hier steht auch die Zukunft unserer Almwirtschaft auf dem Spiel! Eventuell höhere Kosten dürfen bei der Realisierung einer Neubaustrecke nicht ausschlaggebend sein. Unser Ziel ist die beste Lösung, nicht die billigste. Gemeinsam mit dem Stellvertretenden Unions-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Lange habe ich das Thema nach Berlin geholt. Auf unsere Initiative hin reichte die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag im Bundestag ein, und der Verkehrsausschuss beschäftigte sich in einer Anhörung mit unseren Forderungen. Wir werden hier nicht locker lassen!

5. Natur- und Umweltschutz – Freiwilligkeit und Kooperation statt Verbotspolitik

- Große Beutegreifer und Schadtier Regulierung (Wolf, Bär, Biber, Krähe, Fischotter).

- Moorvernässung und Hochwasserschutz => kalte Enteignung!

Wie stehen Sie zum Verbandsklagerecht ?

Um ökologische Ziele mit der Landwirtschaft zu erreichen, setzen wir auf Anreize, Vertragsnaturschutz, die Honorierung von Natur- und Umweltschutz sowie Innovationen und Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Mit der reinen Verbotspolitik der Ampel wollen wir Schluss machen. Diese Grundsätze gelten für uns auch beim Moorschutz bzw. der Wiedervernässung von Mooren.

Unser Ziel ist ein aktives Bestandsmanagement von Wölfen und anderen Tieren, die gefährlich sind oder große Schäden anrichten und deren Bestand nicht mehr gefährdet ist. Beim Wolf ist auf Vorschlag von Ursula von der Leyen und der EU-Kommission der Schutzstatus in der Berner Artenschutzkonvention endlich abgesenkt worden. Das ist die Voraussetzung der Änderung der FFH-Richtlinie auf EU-Ebene und der deutschen Gesetzgebung. Das wollen wir so schnell wie möglich angehen und den Wolf ins Jagdrecht aufnehmen.

Das Verbandsklagerecht lehnen wir ab. So gibt es z. B. beim Tierschutz überhaupt keine Handhabe für ein Verbandsklagerecht auf Bundesebene. An der Tierschutzgesetzgebung sind die Verbände über Anhörungen und

Stellungnahmen beteiligt und für die Genehmigung von Stallbauten und konkreten Vorhaben sind die Länder und die untergeordneten Behörden zuständig.

- 6. Neue Nivellierung des Tierschutzgesetzes** Das neue Tierschutzgesetz können unsere vielen kleinen Betriebe gerade im Landkreis Rosenheim nicht umsetzen. Damit wird das Gesetz zum Totengräber der Landwirtschaft.

Wie gedenken Sie unsere regionale Landwirtschaft zu retten?

Die Pläne zur Novellierung des Tierschutzgesetzes der Ampel sind durch ihren Bruch erfreulicherweise nicht mehr Wirklichkeit geworden. Sie waren eine Gefahr für viele kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe bei uns im Landkreis, aber auch in ganz Bayern. Wenn wir die Kombihaltung nicht dauerhaft erhalten bzw. mit Vorschriften immer mehr in Bedrängnis bringen, ist unsere Almwirtschaft Geschichte und ganze Landschaften mit hoher Biodiversität und Bedeutung auch für den Tourismus würden verschwinden. Das müssen wir unbedingt verhindern.

Unsere bäuerlichen Betriebe bringen mit ihren vielfältigen und innovativen Betriebskonzepten Wirtschaftskraft und Leben in den ländlichen Raum. Sie sorgen mit der Erzeugung von heimischen Lebensmitteln dafür, dass wir uns gesund, saisonal und regional ernähren können. Deshalb wollen wir sie unterstützen und passgenau fördern. Ihre Interessen müssen nicht nur in der Landespolitik, sondern auch in Bundespolitik und bei der 2027 anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU berücksichtigt werden. Dafür setze ich mich zusammen mit den Kollegen der CSU-Landesgruppe in Berlin und im EU-Parlament ein.

Persönliches Schlussstatement

Deutschland steht vor großen Herausforderungen – national wie international. Selten zuvor waren die Menschen in unserem Land so verunsichert, selten zuvor machten sich die Bürgerinnen und Bürger so viele Sorgen um ihre Zukunft. Im Nahen Osten und in der Ukraine herrscht Krieg, eine nicht bewältigte Migrationskrise und tiefgreifende wirtschaftliche Umbrüche gefährden unseren Wohlstand und unsere Stabilität. Gleichzeitig erleben wir eine beispiellose politische Führungslosigkeit im eigenen Land. Deutschland steckt in einer Rezession, große Firmen wandern ab. Gerade jetzt müssen wir Verantwortung für die Menschen in unserem Land übernehmen. Unsere Aufgabe ist es, Stabilität und Zuversicht zu schaffen. Mit dieser neuen Union unter Friedrich Merz wird es kein „Weiter so!“ geben. Diese Union ist eine andere und sie steht für einen echten Politikwechsel. Ich war auch in der aktuellen Legislatur viel unterwegs in meinem Wahlkreis Rosenheim, habe mit Bürgerinnen und

Bürgern, mit Verbänden, Unternehmern, Vereinen oder Bürgerinitiativen gesprochen. Wir waren bei den intensiven Diskussionen wie etwa beim Thema Brennergazulauf nicht immer einer Meinung. Dennoch eint uns ein Wunsch: Das Beste für unsere Region, für unser Land, für die Menschen in unserer Region zu erreichen. Besonders unser Mittelstand und unsere Landwirtschaft haben durch die verkorkste Politik der Ampel erheblichen Schaden genommen. Überbordende Bürokratie, mangelnde Planungssicherheit, Arbeitskräftemangel und eine zu hohe steuerliche Belastung sind nur einige der Probleme. Deshalb muss die Union jetzt wieder ans Ruder. Wir wollen Unternehmenssteuern senken, Bürokratie abbauen und Sozialabgaben deckeln. Wir müssen falsch gestellte Weichen korrigieren. Dazu wollen wir das Bürgergeld abschaffen und eine Neue Grundsicherung einführen. Das sind nur einige der Themen, die es anzupacken gilt. Diese Wahl ist entscheidend. Sie bietet die Chance auf einen Wendepunkt für Deutschland. Als CSU stehen wir geschlossen hinter Friedrich Merz, unserem Kanzlerkandidaten, und kämpfen für jede Stimme. Ich will gemeinsam mit der CSU und der CDU dafür sorgen, dass unser Land wieder auf Kurs kommt. Dafür will ich mich mit aller Kraft weiter für meine Heimat in Berlin einsetzen. Deshalb beide Stimmen CSU!